

Der neue Verwaltungssitz des VZB



Rheinbabenallee 12
14199 Berlin

Tel.: 030/ 89 0 41 – 0
Fax: 030/ 89 0 41 – 291

E-Mail: Info@VZBerlin.org

Website: WWW.VZBerlin.org



Geschäftsbericht

über das

Kalenderjahr

2003



Inhaltsverzeichnis

1. VORWORT

2. FINANZANLAGEN

- 2.1 FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE
- 2.2 AKTIENFONDS
- 2.3 IMMOBILIEN
- 2.4 VERMÖGENSVERTEILUNG

3. MITGLIEDERENTWICKLUNG

3.1 VERSICHERUNGSMATHEMATIK

3.2 SATZUNGSRECHT

4. VERWALTUNG

5. FAZIT/ SCHLUßBEMERKUNG

6. ANLAGEN:

- Bilanz zum 31.12.2003
- Anhang zur Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2003
- Lagebericht zum 31.12.2003

1. Vorwort

In den letzten Jahren mußten Sie bei den Informationen aus dem Versorgungswerk immer darauf gefaßt sein, daß diese negativ sein könnten, der Ruf unseres Versorgungswerkes war durch die Vorgänge der Vergangenheit nicht der Beste. Die konsequente Aufarbeitung der Altakten und die Implementierung der neuen Strukturen, die wesentlich sicherheitsorientierter sind als die alten Strukturen, geben uns heute den Anlaß Ihnen mitzuteilen: **Wir sind übern Berg**, was sich in dem uneingeschränkten Testat des Wirtschaftsprüfers widerspiegelt.

In der Retrospektive gesehen haben wir mit der Totalumstrukturierung des Hauses nicht nur uns und unsere Mitarbeiter, sondern auch das Verständnis Mitglieder unseres Versorgungswerkes bis auf das Äußerste gefordert, z.T. auch überfordert. Natürlich wäre es leichter gewesen, gewisse Dinge und Vorkommnisse möglichst hinter verschlossenen Türen zu regeln und zu bereinigen, das ist aber nicht unsere Absicht. Wir möchten – und das haben wir praktiziert und werden es weiter tun – Ihnen gegenüber offen und transparent sein, Sie sollen verstehen können, was in unserer Selbstverwaltung vorgeht und warum Entscheidungen so getroffen werden, wie sie getroffen werden.

Das bedeutet, unpopuläre Entscheidungen genauso zu kommunizieren wie die populären, nämlich positiven Ergebnisse. Nach den Negativverträgen der Vorjahre können wir für das Kalenderjahr 2003 auf eine Bruttoverzinsung von 6,31 % und nach allen Kosten auf eine Effektivverzinsung von 5,3 % zurückblicken. Bei 4 % Rechnungszins, die in unseren Anwartschaften schon eingerechnet sind, wieder ein gutes Ergebnis, das auch deswegen hoffnungsfroh stimmt, weil trotz der schwierigen Kapitalmarktumstände auch 2004 ein Ergebnis über 4 % netto effektiv sicher scheint.

Nun werden alle sofort über Dynamisierungen nachdenken. Dieses ist natürlich richtig und wichtig, wichtiger ist aber noch, unser Versorgungswerk auf eine so solide Basis zu stellen, daß Rückschläge in den Wertpapiererträgen abgefedert werden können. Auch ist die Erstellung neuer Sterbetafeln in Vorbereitung. So soll der Zyklus der Anpassung verkürzt werden und eine weit vorausschauende versicherungsmathematische Anpassung ohne Zeitdruck ermöglicht werden.

Wir sind stolz, Ihnen heute entgentreten zu können mit den Worten: **Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.** Darauf wollen wir uns nicht ausruhen. Lassen Sie uns gemeinsam mit den Kammergremien in Berlin, Brandenburg und Bremen weiter an der Idee der berufsständischen Versorgungseinrichtung von Zahnärzten für Zahnärzte arbeiten und das sichere Fundament, auf dem unser Versorgungswerk steht, weiter verstärken. Damit wir auch zukünftigen Stürmen trotzen können.

Nach den Kurzberichten der letzten Jahre erhalten Sie nun wieder einen ausführlichen Geschäftsbericht. Geplant ist weiterhin jährlich einen Kurzbericht zu erstellen, und in regelmäßigen Abständen von 3-4 Jahren einen ausführlichen Bericht in dieser Form zu versenden.

Bitte nehmen Sie sich ein paar Minuten für die Ausführungen der nächsten Seiten Zeit und lassen Sie die Fakten für sich sprechen.

Dr. Wolfgang Schmiedel
Präsident
Zahnärztekammer Berlin

Albert Essink
Vorsitzender
Versorgungswerk der
Zahnärztekammer Berlin

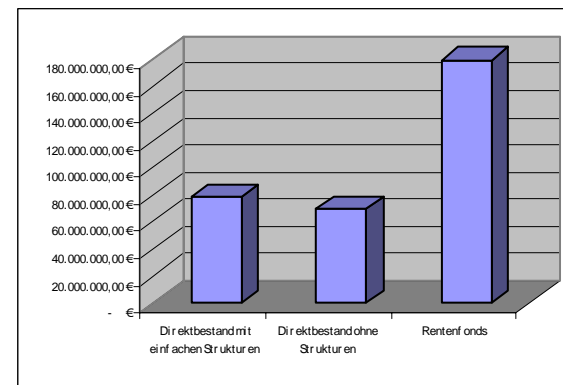
2. Finanzanlagen

Das Vermögen des Versorgungswerkes ist nach den Regelungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes anzulegen. Im Wesentlichen zählen hierzu die festverzinslichen Wertpapiere, die Immobilien und die Aktien. Während das Versorgungswerk bei den Immobilien nur auf den Direktbestand setzt und keine Anteile an Immobilienfonds hält, werden Aktien ausschließlich in Fonds gehalten, das Versorgungswerk hält keine Aktien im Direktbestand. Die in den Fonds gehaltenen Aktien werden durch professionelle Manager verwaltet.

2.1 Festverzinsliche Wertpapiere

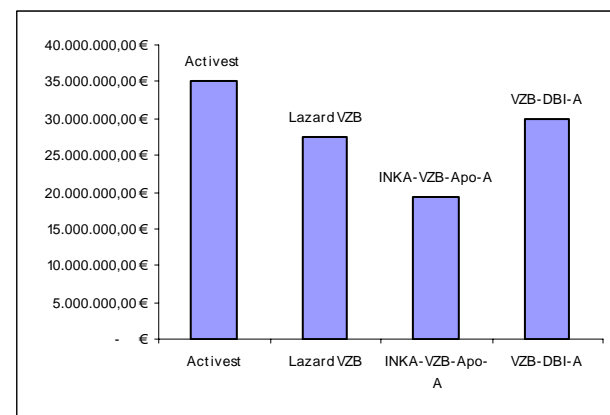
Im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere werden Bestände sowohl im Direktbestand als auch in Fonds gehalten. Während die Wertpapiere im Direktbestand aus einlagefondsgesicherten Schuldscheinen und Pfandbriefen bestehen, werden in den Rentenfonds auch nachrangig gesicherte Papiere und Industrielanleihen unter besonderer Beachtung eines Mindestratings beigemischt.

Bei den festverzinslichen Wertpapieren kommen aufgrund der Niedrigzinsphase verstärkt sogenannte strukturierte Produkte auf den Markt, die keinen ausschließlichen Festzins bieten, sondern z.B. dem Emittenten Kündigungsrechte zugestehen oder an Indizes partizipieren. So läßt sich ohne Abschreibungsrisiko eine Partizipation an der Entwicklung von besonderen Aktienmärkten als Beimischung erreichen.



2.2 Aktienfonds

Die Aktien des Versorgungswerkes werden ausschließlich in Spezialfonds verwaltet und professionell gemanagt. Für eine schnelle Reaktionsmöglichkeit bei schlechtem Management wurden die Mandate in einen Masterfonds zusammengefaßt, der aus einer passiven EuroStoxx50-Komponente als Basis mit entsprechenden Spezialmanagern für die weiteren Aktienthemen besteht. So ist bei einer sich abzeichnenden Schieflage eines Managers ein kurzfristiger Wechsel ohne großen Aufwand möglich.



2.3 Immobilien

Der Immobilienbestand des VZB bestand bislang im Wesentlichen aus Objekten in Berlin sowie dem Bremer Raum. Beide Standorte sind aktuell weiter als attraktive Käufermärkte einzustufen, da aufgrund des Überangebotes sowohl im Wohnungs- als auch im Gewerbebereich entsprechend gute Preise zu erzielen sind.

Bei den Bestandsimmobilien ist die schwieriger werdende Vermietungssituation auch an den Objekten des Versorgungswerkes nicht vorübergegangen. Machen bislang die rückläufigen Umsätze der Gewerbemietler eine Intensivierung des Mahnsystems notwendig, so findet aktuell bei den Wohnungsmietern der Trend zum Nichtzahlen der Miete statt. Wie bei allen Immobilienanlagen ist dies aber abhängig von der Lage und damit vom Mieterklientel. Die zunehmende Zahl der Gewerbeinsolvenzen und der Verdrängungswettbewerb der Discountmärkte führen zu einem stetigen Wechsel mit entsprechendem Aufwand.

Im Berichtsjahr 2003 wurde ein Grundstück in der Kranoldstraße in Berlin erworben, auf welchem bis Sommer 2005 ein Erweiterungsbau für das bestehende Seniorenheim in der Delbrückstraße errichtet wird. Die neu geschaffenen Einzelzimmer erhöhen die Attraktivität des Standortes.



In erster Lage in Oldenburg am Marktplatz wurde ein Bürohaus erworben, welches langfristig an die Stadt vermietet ist und zusätzlich drei Wohnungen und zwei Ladengeschäfte beinhaltet.



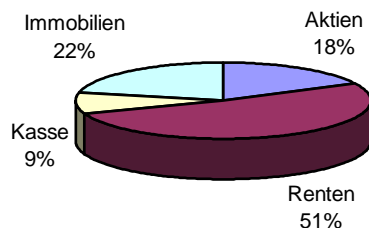
Vielen bekannt ist das Objekt Rheinbabenallee in Berlin, welches aus einer Villa besteht, in der sich vermietete Wohnungen befinden, und einem schlichten Bürogebäude, in welchem das Versorgungswerk zum Jahreswechsel seinen Verwaltungssitz gefunden hat (Bild siehe hintere Umschlagseite).

Drei kleinere Stadtvillen wurden aus einer Insolvenz erworben und runden das Wohnungsspektrum im Süden der Stadt ab.



2.4 Vermögensverteilung

Es ergibt sich somit eine Vermögensverteilung nach Assetklassen wie folgt:



3. Mitgliederentwicklung

Nachdem die Zahl der Mitglieder in den letzten Jahren weiter gestiegen ist, konnte auch im Berichtsjahr eine leichte Steigerung sowohl der Gesamtmitgliederzahl als auch der Zahl der aktiven Mitglieder verzeichnet werden. Während der Bestand an Mitgliedern aus Berlin und Brandenburg gestiegen ist, hat der Mitgliederbestand in Bremen leicht abgenommen. Dies ist vor dem Hintergrund der demographischen Mitgliederdaten aus den beteiligten Bundesländern unter Berücksichtigung des nach wie vor vorhandenen Sondereffektes aus der Einbeziehung der Mitglieder aus Brandenburg und dem Ostteil Berlins nachvollziehbar.

Bei der Entwicklung der Mitgliederzahlen ist zu beachten, daß im Berichtsjahr 11 Mitglieder ins VZB eingetreten sind, die bereits Beiträge aus anderen Bundesländern per Überleitung mitgebracht

haben,
Mitglieder
haben, deren
anderes
übergeleitet

	2002	2003
Zä Bln	3535	3565
Zä Brb	1399	1417
Zä Bremen	461	451
Tierärzte	358	353
Ausgeschieden mit Anwartschaft	157	151
Altersrenten	387	407
BU-Renten	104	118
Hinterbliebenen renten	221	222

mit Ausbil-
das völlig

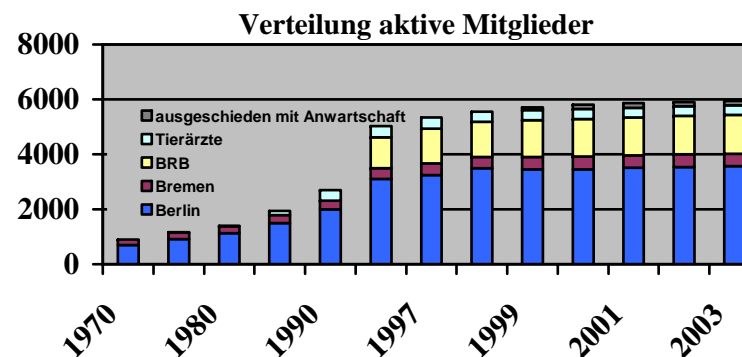
Die Zahl der
BU-Renten

Entwicklung der letzten Jahre. Es bleibt weiter zu beobachten, daß die Zahl der Erkrankungen auf neurologisch-psychiatrischem Fachgebiet zunimmt und im Begutachtungsbereich damit einen höheren Stellenwert einnimmt als in den letzten Jahren. Aber trotz dieser Feststellungen muß auch konstatiert werden, daß die Zahl der abzulehnenden Rentenansprüche sich prozentual nicht wesentlich verändert.

während 69
das VZB verlassen
Beiträge in ein
Versorgungswerk
wurden. Für eine
Universitätsstadt
dungsüberschuß ist
normal.

eingewiesenen
entspricht der

Anders verhält es sich bei der Zahlungsfähigkeit und teilweise auch –moral der Mitglieder. Die Säumigkeit in den Beitragszahlungen hat dazu geführt, daß eine Intensivierung des Mahnsystems verbunden mit der letztendlichen Konsequenz der Einleitung von Verwaltungszwangsverfahren notwendig wurde. Natürlich wurde jeweils versucht, vorab im Dialog mit den Mitgliedern die satzungsgemäßen Möglichkeiten wie einkommensbezogener Nachlaß und Prüfung von Härtefällen durchzuführen.



3.1 Versicherungsmathematik

Das Versorgungswerk erstellt wenigstens alle drei Jahre ein versicherungsmathematisches Gutachten. Mit dem Gutachten wird jeweils festgestellt, wie die erwirtschafteten Überschüsse für die zugesagten Renten und Anwartschaften der Mitglieder verwendet werden müssen und welche Dynamisierungsmöglichkeiten bestehen.

Das nächste versicherungsmathematische Gutachten wird für die Kalenderjahre 2002 bis 2004 im Sommer 2005 erstellt, so daß die Delegiertenversammlung in ihrer Herbstsitzung über Mittelverwendung und Dynamisierung zu beschließen haben wird.

Die im jetzigen Satzungsrecht notwendigerweise erstellte Dokumentation der Rentenberechnungen des VZB wurde im Berichtsjahr von einem weiteren Aktuar geprüft und bestätigt.

3.2 Satzungsrecht

Wenngleich es nicht direkt das hier dargestellte Geschäftsjahr 2003 betrifft, so ist doch wichtig zu berichten, daß sich das Versorgungswerk aktuell umfassend mit Satzungsänderungen beschäftigen muß. Wichtige Themen wie das Alterseinkünftegesetz und die europäische Migrationsfreiheit bedingen Änderungen im Satzungsrecht, die bis Ende 2004 umzusetzen sind. Über das Alterseinkünftegesetz wurde bereits informiert, die Satzungsänderungen zur europäischen Migrationsfreiheit werden wir Ihnen gesondert darstellen.

4. Verwaltung

Der im Jahr 2001 begonnene Umbau der Verwaltungsstruktur wurde fortgesetzt und wird im Jahr 2004 seinen Abschluß finden. Die angestrebte Struktur mit Abteilungsleitern und dem damit zu realisierenden Vieraugenprinzip in den wesentlichen Bereichen und Abläufen führt zu einer stetigen Qualitätssteigerung.

Das bewährte Team aus Mitgliederverwaltung und Finanzbuchhaltung steht Ihnen gern telefonisch und auch persönlich zur Verfügung.

5. Fazit/ Schlußbemerkung

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin und mit ihm alle Mitglieder haben schwere Jahre durchgemacht. Deckungsstocklücken, Korrekturen von Immobilienbewertungen und mangelhafte Datenbestände führten zu den berichteten und Ihnen bekannten Problemen. Die konsequente Aufarbeitung und Bewertung der Immobilienbestände, die Neustrukturierung der Vermögensanlagen mit Einführung von notwendigen Risikokontrollinstrumenten, aber auch die Prüfung der Mitgliedsakten zur Schaffung einer transparenten und verlässlichen Datenbasis haben uns in den letzten Jahren außerordentlich beschäftigt und werden 2004 ihren Abschluß finden. Trotz eines überdurchschnittlichen Engagements der Mitarbeiter konnten erhebliche Wartezeiten bei der Beantwortung von Anfragen nicht vermieden werden. Inzwischen, im Herbst 2004, können wir feststellen, daß die Bearbeitung von Anfragen regelmäßig binnen 14 Tagen erfolgt. Lassen Sie uns gemeinsam konstruktiv an unserem Ziel – Umbau des Versorgungswerkes von einer öffentlichen Verwaltung zu einem Dienstleister für seine Mitglieder – weiterarbeiten.

R. Wohltmann
Direktor

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2003
DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

AKTIVA

PASSIVA

	EUR	Vorjahr TEUR		EUR	Vorjahr TEUR
A. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE			A. ÜBERSCHUSSRÜCKSTELLUNG	85.580.433,18	26.863
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	296.890,00	378			
B. KAPITALANLAGEN			B. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN		
I. Grundstücke und Bauten einschließlich Anlagen im Bau			I. Deckungsrückstellung lt. versicherungsmathematischer Berechnung zum 31. Dezember 2001	546.418.806,36	546.419
1. Grundstücke	31.531.701,99	25.454	II. Rückstellung für Leistungsverbesserung	2.040.932,99	2.041
2. Gebäude	101.955.795,85	87.971		<u>548.459.739,35</u>	548.460
3. Außenanlagen	1.963.914,00	701	C. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN		
4. Anlagen im Bau	1.462.716,85	7.571	I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	156.209,49	147
	<u>136.914.128,69</u>	121.697	II. Sonstige Rückstellungen	175.815,91	180
II. Sonstige Kapitalanlagen				<u>332.025,40</u>	327
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	291.528.156,81	250.423	D. ANDERE VERBINDLICHKEITEN		
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.355.565,67	13.735	I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	735.598,95	757
3. Sonstige Ausleihungen			II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.972.346,94	999
a) Namensschuldverschreibungen	34.107.632,43	28.245	III. Sonstige Verbindlichkeiten	1.852.446,23	4.344
b) Schuldscheinforderungen	112.427.966,72	104.924		<u>8.560.392,12</u>	6.100
4. Einlagen bei Kreditinstituten	52.235.300,00	48.058			
5. Andere Kapitalanlagen	1.200.000,00	450			
	<u>492.854.621,63</u>	445.835			
	629.768.750,32	567.532			
C. FORDERUNGEN					
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder	2.261.343,56	1.844			
D. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE					
I. Sachanlagen					
Betriebs- und Geschäftsausstattung	378.890,28	141			
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand					
1. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten	3.501.406,66	4.405			
2. Schecks	2.763,15	300			
3. Kassenbestand	629,27	1			
	<u>3.504.799,08</u>	4.706			
III. Andere Vermögensgegenstände					
1. Mietforderungen	1.166.058,91	1.191			
2. Sonstige	1.373.598,47	1.583			
	<u>2.539.657,38</u>	2.774			
	6.423.346,74	7.621			
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN					
1. Abgegrenzte Zinsen (noch nicht fällig)	3.946.315,29	4.375			
2. Sonstige	235.944,14	0			
	<u>4.182.259,43</u>	4.375			
	<u>642.932.590,05</u>	<u>581.750</u>		<u>642.932.590,05</u>	<u>581.750</u>

**ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2003
DES
VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN**

I. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

**Angabe der auf die Posten der Bilanz und Gewinn- und
Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und
Bewertungsmethoden**

Immaterielle Vermögensgegenstände sind mit den historischen Anschaffungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen erfolgen über eine Nutzungsdauer von 3 und 5 Jahren.

Die Kapitalanlagen des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin sind Immobilien sowie Wertpapiere.

Die planmäßigen linearen Abschreibungen für die Gebäude wurden zum 1. Januar 2000 neu bemessen. Grundlage dafür bildeten die in den Verkehrswertgutachten festgelegten Restnutzungsdauern von 30 bis 50 Jahren. Für die Außenanlagen wird eine Nutzungsdauer zwischen 15 und 30 Jahren zugrunde gelegt.

Abgänge wurden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die sonstigen Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 3 HGB bzw. gemäß dem Niederstwertprinzip mit dem Kurswert zum 31. Dezember 2003 bewertet. Abschreibungen auf den niedrigeren Wert wegen gesunkener Kurswerte waren im Berichtsjahr nicht vorzunehmen. Vom Wahlrecht des § 341b HGB wurde nicht Gebrauch gemacht.

In Vorjahren vorgenommene Abschreibungen konnten im Berichtsjahr in Höhe von TEUR 2.190 auf Aktien und Investmentanteile zugeschrieben werden.

Die Bewertung der Schuldscheindarlehen erfolgt mit den Nennwerten. Für den, den Nennwert übersteigenden Betrag der Anschaffungskosten, wurde ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, der über die Laufzeit der Schuldscheindarlehen aufgelöst wird.

Die Namensschuldverschreibungen wurden unverändert gegenüber den Vorjahren entsprechend dem Bewertungswahlrecht nach § 341c HGB mit dem Nennbetrag bilanziert.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder sind mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbaren Ausfallrisiken wurde durch die Bildung einer Wertberichtigung Rechnung getragen.

Die sonstigen Forderungen und Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbaren Ausfallrisiken wurde durch die Bildung von Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Zugang und Abgang dargestellt. Die Zugänge in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres werden mit dem vollen Jahresbetrag, Zugänge in der zweiten Geschäftsjahreshälfte mit dem halben Jahresbetrag abgeschrieben.

Die Abgänge werden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die übrigen Aktiva sind grundsätzlich mit dem Nennwert bilanziert.

Das Versorgungswerk erstellt die versicherungsmathematische Bilanz für den laut Satzung zulässigen 3-Jahreszeitraum, d.h. die nächste versicherungsmathematische Bilanz wird zum 31. Dezember 2004 erstellt werden. Der Überschuss des Geschäftsjahres 2003 wird der Überschussrückstellung zugewiesen.

Die anderen Rückstellungen sind in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt. Alle zum Abschlussstichtag entstandenen und bis zum Tag der Bilanzaufstellung erkennbaren Risiken sind berücksichtigt.

Die Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhaltet den Anspruch auf Altersvorsorge des ausgeschiedenen Geschäftsführers. Die Bildung erfolgte anhand einer vorläufigen Berechnung. Für die Berechnung wurde ein Zinssatz von 6 % zugrunde gelegt. Ein Pensionsgutachten hat nicht vorgelegen.

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach § 24 der Satzung sowie entsprechend den Vorschriften des VAG (in der Fassung vom 17. Dezember 1992; mit letzter Änderung vom 23. Juli 2002) und RechVersV gegliedert.

II. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Kapitalanlagen

a) Grundstücke und Bauten

Die planmäßigen Abschreibungen erfolgten über Nutzungsdauern zwischen 15 und 50 Jahren.

Das Versorgungswerk nutzte bis 31. Dezember 2003 eigene Räumlichkeiten in der Stallstraße für seinen Geschäftsbetrieb. Der Buchwert des Grund und Bodens beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 74, der Buchwert des Gebäudes TEUR 4.265.

Die Anzeige gemäß § 54 Abs. 2a VAG über die im Berichtsjahr erworbenen Grundstücke an die Aufsichtsbehörde ist erfolgt.

b) Sonstige Kapitalanlagen

Die Gliederung erfolgt nach den Vorschriften des VAG. Die Schuldscheindarlehen sind mit dem Nennwert bilanziert. Die Aktien, Wertpapierspezialfonds, Inhaber- und Namensschuldverschreibungen sind mit den Anschaffungskosten bzw. dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB angesetzt.

Im Berichtsjahr waren keine Abschreibungen wegen gesunkener Kurswerte (Vj. TEUR 41.678) vorzunehmen.

Aufgrund des Wertaufholungsgebotes gemäß § 280 HGB wurden für im Vorjahr vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen Zuschreibungen in Höhe von TEUR 2.190 vorgenommen.

Bei der Anlage des gebundenen Vermögens wurden die Vorschriften der § 54 VAG i.V.m. der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen hinsichtlich der Anlageformen und -grenzen beachtet.

2. Forderungen

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr.

Auf Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer waren wegen der Vorläufigkeit der Sollstellung für die Beiträge bis zur endgültigen Veranlagung sowie für sich im Amtshilfeverfahren befindliche Forderungen und Forderungen aus Vorjahren Wertberichtigungen in Höhe von TEUR 1.500 (Vj. TEUR 1.100) vorzunehmen.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer stehen im Zusammenhang mit den Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern.

Im Berichtsjahr wurde die Wertberichtigung auf Mietforderungen wegen des enthaltenen Ausfallrisikos auf TEUR 528 (Vj. TEUR 516) erhöht. Des Weiteren wurde auf Forderungen aus noch nicht abgerechneten Betriebs- und Heizkosten ein pauschaler Wertabschlag für einen eventuell nicht umlagefähigen Anteil von TEUR 335 vorgenommen.

3. Rechnungsabgrenzungsposten

Für beim Erwerb von Schuldscheindarlehen gezahlte Agiobeträge ist ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, der planmäßig über die Laufzeit der Darlehen aufzulösen ist.

Des Weiteren wurde ein Rechnungsabgrenzungsposten für eine Zins-Sicherungsgebühr in Höhe von TEUR 250 gebildet. Die Auflösung erfolgt anteilig über die Zinsfestschreibungszeit für das Darlehen.

4. Überschussrückstellungen

Der Überschuss des Berichtsjahres von TEUR 58.717 war gemäß § 24 der Satzung der Überschussrückstellung zuzuführen.

5. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden entsprechend dem versicherungsmathematischen Gutachten zum 31. Dezember 2001 unter Berücksichtigung der Satzungsänderung vom 20. Juni 2002, die am 18. Dezember 2002 von der Aufsichtsbehörde genehmigt wurde, bilanziert.

Bei der Ermittlung der Deckungsrückstellung wurden die "Richttafeln 1997 für berufsständische Versorgungswerke" der Dr. Heubeck Richttafeln GmbH berücksichtigt. Für die Berechnung wurde ein Rechnungszins von 4 % p.a. zugrunde gelegt.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung bei den Versorgungsanwartschaften und fälligen Renten erfolgt nach dem Versicherungsmathematischen Äquivalenzprinzip. Als Finanzierungsverfahren wurde das Anwartschaftsdeckungsverfahren angewandt.

Der Verwaltungskostensatz wurde bis zum Jahresabschluss 1998 rechnungsmäßig mit 1,5 % der Beiträge und 2 % der fälligen Renten berücksichtigt.

Der pauschale Ansatz wurde aufgrund gestiegener Kosten zum 31. Dezember 2001 zunächst auf 3 % der Deckungsrückstellung angehoben

6. Andere Rückstellungen

Im Wesentlichen sind in den sonstigen Rückstellungen die Kosten für den Versicherungsmathematiker, Jahresabschluss sowie Prozesskostenrisiko enthalten.

7. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitenspiegel zum 31. Dezember 2003

Verbindlichkeiten	Gesamt EUR	davon Restlaufzeiten			davon gesichert EUR
		unter 1 Jahr EUR	1 - 5 Jahre EUR	über 5 Jahre EUR	
1. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmer	735.598,95	735.598,95	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	757.176,77	757.176,77	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.972.346,94	19.581,03	99.778,91	5.852.987,00	972.344,90
Vorjahr	999.253,00	26.908,03	112.135,20	860.209,77	999.253,00
3. Sonstige Verbindlichkeiten	1.852.446,23	1.852.446,23	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	4.344.125,79	4.344.125,79	0,00	0,00	1.405.055,74
	8.560.392,12	2.607.626,21	99.778,91	5.852.987,00	972.344,90
Vorjahr	6.100.555,56	5.128.210,59	112.135,20	860.209,77	2.404.308,74

Ein Bankdarlehen von TEUR 972 ist mit einer Grundschuld auf der in 1999 erworbenen Immobilie Ernststraße, Berlin, besichert.

8. Verdiente/ gebuchte Beiträge

Die gebuchten Beiträge stellen nicht in voller Höhe nur Beiträge des Berichtsjahres dar. In 2003 wie auch in den Folgejahren werden ebenfalls Beiträge der Vorjahre wegen Korrektur von Sollstellungen, Überprüfung der Veranlagungen 1999 und 2000 sowie eventuelle Beitragsrückzahlungen zu erfassen sein.

9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb / für Kapitalanlagen

Nach unmittelbarer Zuordnung der direkten Sachkosten wurden die allgemeinen Verwaltungskosten des Versorgungswerkes im Verhältnis von 61,44: 38,56 (Vj. 67,78 : 32,22) auf den Versicherungsbetrieb und die Vermögensverwaltung aufgeteilt. Basis für das Aufteilungsverhältnis bilden die Personalkosten der in der Vermögensverwaltung beschäftigten Mitarbeiter im Verhältnis zu den gesamten Personalkosten.

III. Sonstige Pflichtangaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die für die Bewertung der Finanzanlagen des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, ergeben sich aus Abnahmeverpflichtungen für 2 Multitranchen - Schuldscheindarlehen und betragen insgesamt 50 Mio. EUR.

Weitere sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Abs. 3 HGB, die für die Bewertung der Finanzanlage des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, existieren nicht.

2. Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 26 Mitarbeiter im Versorgungswerk beschäftigt.

Berlin, den 1. August 2004

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin

gez. Dr. Wolfgang Schmiedel
(Präsident)

gez. Albert Essink
(Vorsitzender Verwaltungsausschuss)

**GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2003 BIS 31. DEZEMBER 2003
DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN**

	EUR	Vorjahr TEUR
I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG		
1. Verdiente Beiträge/gebuchte Beiträge		
Erlöse aus Beiträgen	40.702.461,26	37.010
Zuführung Wertberichtigungen	<u>-400.000,00</u>	-589
	40.302.461,26	36.421
2. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Grundstücken und Bauten	8.136.250,62	7.662
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	14.464.520,47	21.084
c) Erträge aus Zuschreibungen	2.190.286,75	12
d) Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>12.905.882,93</u>	1.554
	37.696.940,77	30.312
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge	<u>19.955,52</u>	1
	78.019.357,55	66.734
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle	10.068.401,05	9.517
5. Aufwendungen für Rückkäufe, Rückgewährungsbeiträge, Austrittsvergütungen und Überleitungen	2.178.357,01	1.563
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen	<u>0,00</u>	-21.120
	<u>12.246.758,06</u>	-10.040
	65.772.599,49	76.774
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
a) Persönliche Aufwendungen	684.915,54	766
b) Sonstige Aufwendungen	<u>535.217,48</u>	527
	1.220.133,02	1.293
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen	3.776.906,72	4.088
b) Abschreibungen	2.242.932,01	43.641
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>0,00</u>	884
	<u>6.019.838,73</u>	48.613
9. Versicherungstechnisches Ergebnis	58.532.627,74	26.868

**GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2003 BIS 31. DEZEMBER 2003
DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN**

	EUR	Vorjahr TEUR
II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG		
1. Sonstige Erträge	209.123,57	3
2. Sonstige Aufwendungen	24.536,18	184.587,39
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	58.717.215,13	26.863
4. Sonstige Steuern	66,47	0
5. Jahresüberschuss	58.717.148,66	26.863
6. Entnahme aus der Überschussrückstellung	0,00	0
7. Zuführung zur Überschussrückstellung	-58.717.148,66	-26.863
8. Bilanzgewinn/-verlust	0,00	0



L a g e b e r i c h t

des

Versorgungswerkes

der

Zahnärztekammer Berlin

zum

Jahresabschluß 2003

Inhaltsverzeichnis

- 1. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde**
- 2. Der Vorstand**
- 3. Der Verwaltungsausschuß**
- 4. Personalbestand**
- 5. Mitgliederbewegung**
- 6. Vermögensanlagen**
- 7. Ausblick**

1. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin (VZB) ist die Pflichtversorgungseinrichtung der Zahnärzte in Berlin, Bremen und Brandenburg.

Rechtsgrundlage für die Gründung und den Betrieb des Versorgungswerkes ist das Berliner Kammergesetz zuletzt geändert am 15. Oktober 2001 und die hiernach erlassene Satzung.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin wurde zum 01.10.1965 gegründet. Es gilt seit dem 01.12.1989 die Neufassung der Satzung vom 13.11.1989, zuletzt geändert zum 01.01.2003.

Die Mitglieder der Zahnärztekammer Bremen haben sich gemäß Beschluß der Delegiertenversammlung vom 22.04.1966 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin angeschlossen.

Als freiwillige Mitglieder sind die Angehörigen der Tierärztekammer Berlin entsprechend dem Beschluß der Delegiertenversammlung vom 29.10.1969 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin beigetreten.

Mit Beschluß der Delegiertenversammlung vom 24.10.1991 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde haben sich die Mitglieder der Landes Zahnärztekammer Brandenburg mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin zum 01.02.1992 angeschlossen.

Die Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin findet auf die Bremer Mitglieder, die tierärztlichen Mitglieder und auf die Brandenburger Mitglieder entsprechend Anwendung.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin steht unter der Aufsicht der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz sowie für die versicherungsmathematischen Grundlagen unter der Fachaufsicht der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen.

2. Der Vorstand

Dem Vorstand der Zahnärztekammer Berlin gehörten im Berichtszeitraum an:

als Vorsitzender: Präsident Dr. Christian Bolstorff
 Vizepräsident Dr. Jürgen Gromball

als Beisitzer: Dr. Lore Gewehr
 Dr. Lewon Tunjan
 Dr. Herbert Rukat bis zum 13.02.2003
 Dr. Olaf Piepenhagenseit dem 13.02.2003
 Dr. Arndt Gerstenberger
 Dr. Peter-Michael Troester

Im Rahmen der Neuwahl des Vorstandes am 13.02.2003 fand der o.a. Wechsel in der Besetzung statt.

Der Vorstand der Zahnärztekammer Berlin nimmt gemäß § 4 der Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin die Funktion des Aufsichtsorgans wahr. Er ist satzungsgemäß die Widerspruchsinstanz des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin.

Des weiteren bestellt der Vorstand gemäß § 4 Ziffer 5 der Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin im Einvernehmen mit der Delegiertenversammlung und dem Verwaltungsausschuß den mathematischen Sachverständigen und den Finanzsachverständigen.

Die Zusammensetzung des Vorstandes der Zahnärztekammer Berlin hat sich nach Ende des Berichtszeitraumes geändert. Der Präsident der Zahnärztekammer Berlin, Herr Dr. Christian Bolstorff, legte am 29. Februar 2004 sein Amt nieder. Die Wahl des neuen Präsidenten, Herrn Dr. Wolfgang Schmiedel, erfolgte auf der 7. ordentlichen Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin am 29. April 2004 .

3. Der Verwaltungsausschuß

Der Verwaltungsausschuß wurde auf der Delegiertenversammlung am 20.März 2003 in der bisherigen Besetzung wiedergewählt. Der Verwaltungsausschuß wählte in seiner konstituierenden Sitzung am 04. April 2003 den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter:

als Vorsitzender:	Albert Essink, Berlin
als stellvertretender Vorsitzender:	Rolf Janowski, Berlin
als Beisitzer:	Dr. Peter E. Gutsche, Berlin
	Dr. Gunnar Hoops, Bremen
	Dr. Marius Radtke, Berlin
	Dr. Dirk Weißlau, Brandenburg

Dem Verwaltungsausschuß sind gemäß § 4 Ziffer 5 der Satzung die vom Vorstand bestellten Sachverständigen beigeordnet:

als Finanzsachverständiger	Bankdirektor a.D. Ulrich Dassel, Berlin,
als mathematischer Sachverständiger	Dipl.-Mathematiker Hans-Jürgen Knecht, Düsseldorf

Der Verwaltungsausschuß bildet gemäß § 5 der Satzung die Geschäftsführung des Versorgungswerkes.

Eine personelle Veränderung in der Konstellation des Verwaltungsausschusses vollzog sich nach Ende des Berichtszeitraumes. Mit Wirkung zum 26.Februar 2004 trat Herr Dr. Peter E. Gutsche von seinem Amt als Mitglied des Verwaltungsausschusses zurück. Die Delegiertenversammlung wählte am 26. Februar 2004 Herrn Dr. Ingo Rellermeier als Mitglied des Verwaltungsausschusses.

4. Personalbestand:

Die Verwaltung des Versorgungswerkes wird vom Direktor, Herrn Dipl.-Verwaltungswirt Ralf Wohltmann geleitet.

Die nachfolgende Gegenüberstellung stellt die Entwicklung des Personalbestandes zum 31.12.2003 dar:

Abteilung	Mitarbeiter per 31.12.2000	Mitarbeiter per 31.12.2001	Mitarbeiter per 31.12.2002	Mitarbeiter per 31.12.2003
Sekretariat	2	2	2	2
EDV/Informatik	1	1	1	1
Versicherungsmathematik	1,5	1	1,5	1,5
Mitgliederverwaltung	3	4	4	4
Finanzbuchhaltung	3	3	3	3
Immobilienverwaltung	4,5	4	4	6
Allgemeine Bearbeitung	-	-	2	2
Gesamt	15	15	17	19

Die Abteilungen Mitgliederverwaltung, Finanzbuchhaltung sowie Immobilienverwaltung wurden im Berichtszeitraum erstmals durch Abteilungsleiterinnen geführt. Die Besetzung dieser Positionen erfolgte durch Neueinstellung sowie mittels interner Umstrukturierung.

Um den gestiegenen Anforderungen im Kapitalanlagebereich gerecht werden zu können, sowie zur Unterstützung der Geschäftsführung in den Bereichen Controlling und Berichtswesen, ist zu Beginn des Jahres 2004 eine weitere qualifizierte Mitarbeiterin eingestellt worden.

Die Immobilienverwaltung des VZB wurde im Bereich der technischen Immobilienbetreuung teilweise durch ein externes Architekturbüro unterstützt. Zusätzlich werden für die Betreuung der Immobilien Hausmeister eingesetzt. Zur flexiblen und kostengünstigen Durchführung von Handwerksarbeiten wurde 2003 eine Vollzeitstelle geschaffen, welche in der obigen Aufstellung enthalten ist. Hier ist eine weitere personelle Aufstockung in 2004 geplant.

Neben den vorgenannten dauerhaften Personalstellen wurden im Berichtszeitraum noch 5 zusätzliche kaufmännische Kräfte auf Zeit zur Unterstützung der Sachbearbeiter bei der Aufbereitung fehlender oder mangelhafter Datenbestände beschäftigt. Die Aktenprüfung konnte per 31.12.2003 weitgehend abgeschlossen werden, restliche Arbeiten werden mit Hilfe des Stammpersonals erledigt.

5. Mitgliederbewegung

Der Mitgliederbestand entwickelte sich bis zum 31.12.2003 wie folgt:

	01.01.2003	Zugang	Abgang	31.12.2003
Zahnärzte Berlin	3535	154	124	3565
Zahnärzte Bremen	461	29	39	451
Zahnärzte Brandenburg	1399	45	27	1417
Tierärzte Berlin	358	1	6	353
Ausgeschieden mit Anwartschaft	157	5	11	151
Aktive Mitglieder gesamt	5910	234	207	5937
Altersrenten	387	31	11	407
BU-Renten	104	18	4	118
Witwen-/Witwerrenten	154	9	8	155
Waisenrenten	67	8	8	67
Rentenempfänger gesamt	712	66	31	747
Gesamt	6622	300	238	6684

Die Zahl der Gesamtmitglieder ist gegenüber dem Vorjahr um 62, die Zahl der Rentner um 35 gestiegen.

Berlin bildet seit langem über den eigenen Bedarf hinaus Zahnärzte aus. Zusammen mit der verschärften Zulassungsordnung führte es dazu, daß 11 Mitgliedszugängen mit Beitragsüberleitung aus einem anderen Versorgungswerk 69 Mitgliedsabgänge mit Beitragsüberleitung in ein anderes Bundesland gegenüberstanden

Nach Aufarbeitung des Datenbestandes wurden die standardisierten Anwartschaftsmittelungen an die Mitglieder wieder aufgenommen. Hier werden erstmals Versicherungsverläufe beigefügt, damit Unklarheiten zeitnah geklärt werden können.

6. Vermögensanlagen

Die positive Entwicklung am Aktienmarkt konnte im Jahr 2003 teilweise zur Kompensierung der in den vorangegangenen Jahren zu verbuchenden Verluste beitragen. Darüber hinaus konnte durch die Entscheidung zur Aufrechterhaltung der Aktieninvestments innerhalb von Spezialfonds für einen Teil der Vermögensanlagen eine im Vergleich zum allgemein niedrigen Zinsniveau höhere Rendite erwirtschaftet werden. Notwendigerweise wird sowohl aufgrund der geltenden Vorschriften als auch aufgrund der geringen Reserven in den Fonds des VZB eine strenge Risikokontrolle mit laufender Ertragsprüfung durchgeführt.

Zum Erhalt des eingesetzten Kapitals wurden bei den Aktien- und Rentenfonds aktiv Sicherungsmaßnahmen vollzogen.

Für die Aufstellung der Bilanz per 31. Dezember 2003 wurde vom Bilanzierungswahlrecht des § 341b HGB erneut kein Gebrauch gemacht. Wie bisher wurden die Kapitalanlagen nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Das Vermögen war im Berichtszeitraum unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung mit einer Bruttoverzinsung von 6,31 %, bzw. einer Effektivverzinsung von 5,30 % angelegt.

Mit den zur Verfügung stehenden liquiden Mitteln wurden überwiegend festverzinsliche Wertpapiere (Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe) erworben. Zur besseren Risikodiversifizierung wurden die reinen Aktien- sowie Rentenfonds in gemischte Fonds überführt. Ein im Frühjahr beschlossenes Aktienengagement als Spezialfonds wurde unter

taggenauer Risikobetrachtung erfolgreich aufgelegt. Durch das im Berichtszeitraum anhaltend niedrige Zinsniveau wurden am Markt vermehrt strukturierte Wertpapiere angeboten. Das VZB erwirbt von solchen Angeboten ausschließlich Papiere mit Kapitalgarantie im Bereich der einfachen Strukturen wie Kündigungs- und Andienungsrechten.

Der Immobilienbestand

Im Berichtsjahr wurden folgende Immobilien erworben bzw. veräußert:

Erwerbungen:

Kranoldstr. 19, 19a, 20, 12051 Berlin

Hierbei handelt es sich um ein Grundstück, welches mit einem Erweiterungsbau des bestehenden Seniorenheimes Delbrückstraße bebaut wird, um die Wirtschaftlichkeit des bestehenden Objektes langfristig zu sichern.

Schwalbachstr. 38, 12309 Berlin-Lichtenrade

Bei diesem Objekt, Baujahr 1992, handelt es sich um eine Stadtvilla mit 6 Wohnungen.

Kronbergstr. 3, 12309 Berlin-Lichtenrade

Bei diesem Objekt, Baujahr 1993, handelt es sich um ein Mehrfamilienhaus mit 9 Mietwohnungen.

Weddigenweg 63, 12205 Berlin-Lichterfelde

Bei diesem Objekt, Baujahr 1994, handelt es sich um ein Mehrfamilienhaus mit 15 Mietwohnungen.

Die drei vorgenannten Objekte wurden als Paket im Rahmen eines Zwangsversteigerungsverfahrens kostengünstig erworben.

Markt 20-21, 26122 Oldenburg

Bei diesem Objekt, Baujahr 1956 handelt es sich um ein Büro- und Geschäftshaus mit drei Wohnungen im Dachgeschoß in 1a Lage am Marktplatz in Oldenburg. Das Objekt ist überwiegend an die Stadtverwaltung Oldenburg vermietet, im Erdgeschoß befinden sich zwei vermietete Ladenlokale.

Rheinbabenallee 12, 12a, 14, 14199 Berlin

Dieses Objekt besteht aus einem Bürohaus, einer Villa und einer Tiefgarage.

In der Villa befinden sich fremdvermietete Wohnungen, das Bürogebäude wurde für die Eigennutzung des Versorgungswerkes modernisiert. Die Tiefgarage wird sowohl vom VZB genutzt als auch fremdvermietet.

Veräußerungen

Reichsstr. 48, 14052 Berlin

Das Objekt, welches sich seit 1971 im Besitz des VZB befand, wurde veräußert. Aufgrund der notwendigen Renovierungsarbeiten und im Hinblick auf den Marktwert des Objektes erfolgte der Verkauf.

7. Ausblick

Aufgrund der beschlossenen dreijährigen Aussetzung der Dynamisierung für Renten, die am 01.01.2003 bereits eingewiesen waren, haben Verwaltungsausschuß und Vorstand der Zahnärztekammer Berlin beschlossen, gemäß § 24 Abs. 3 der Satzung für die Jahre 2002 bis 2004 wiederum nur ein versicherungsmathematisches Gutachten erstellen zu lassen und über die Mittelverwendung der Überschüsse für diese drei Jahre insgesamt zu entscheiden. Damit wird dem Beschluß der Delegiertenversammlung Rechnung getragen und vor dem 31.12.2005 eine Ausschüttung der erwirtschafteten Überschüsse an die aktiven Mitglieder vorgenommen. Es bleibt aber auch festzuhalten, daß das Versorgungswerk unter Berücksichtigung der Langfristigkeit der Kapitalanlagen die aktuellen Marktschwankungen so besser kompensieren kann, um den Rechnungszins insgesamt zu erzielen. Somit sind die Erträge des Berichtszeitraumes wieder vorläufig der Überschußrückstellung zuzuführen.

Hinsichtlich der Kapitalanlagen ist es Ziel, den Immobilienbestand weiterhin in einer Größe von 20 % des Vermögens zu halten. Mit einem in Spezialfonds verwalteten Aktienbestand von 18 % bis 24 % des Gesamtvermögens wird dem Umstand Rechnung getragen, weiterhin an der Entwicklung der Aktienmärkte unter strenger Risikokontrolle partizipieren zu können. Positive Konjunkturaussichten, auch geprägt durch ein beginnendes Wachstum in den USA lassen auch weiter moderat steigende Kurse erwarten und damit ein Festhalten an den o. a. Bandbreiten sinnvoll erscheinen, auch wenn gegenwärtig die Märkte u. a. durch spekulativ hohe Ölpreise sehr belastet sind und Jahrestiefststände erreicht haben.

Aus Risikoerwägungen werden im Direktbestand weiterhin weder Aktien, nachrangige Wertpapiere noch Corporates (Industrieanleihen) erworben.

Die liquiden Mittel werden überwiegend im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere sowie in Spezialfonds angelegt. Hinsichtlich der Investitionen im Direktbestand wurden und werden fast ausschließlich Namenspapiere erworben, die entweder durch die Einlagensicherungsfonds oder im Bereich der Pfandbriefe durch Grundpfandrechte gesichert sind. Im Bereich der Spezialfonds werden aktuell keine Ausweitungen vorgenommen, da insbesondere Rentenfonds bei einem steigenden Zinsumfeld kaum Erträge erwirtschaften können. Auch macht der minimale Risikopuffer in den Aktienfonds eine sehr enge Kontrolle notwendig.

In Bezug auf eine eventuelle rechtliche Verselbständigung des Versorgungswerkes ist das VZB weiter in Diskussionen mit den entsprechenden Senatsstellen, wobei ein Zeitpunkt zur Realisierung noch nicht absehbar ist. Auch aus diesem Grunde wird das VZB sich in der bisherigen Form noch satzungstechnisch den anstehenden Problemen aus dem Alterseinkünftegesetz sowie der europäischen Koordinierung annehmen müssen und mit entsprechenden Änderungen reagieren müssen.

Berlin, 01.08.2004

Dr. Wolfgang Schmiedel
Präsident

Albert Essink
Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses